

SVPdirekt

FREIHEITLICHE UND KONSERVATIVE ZEITSCHRIFT FÜR DIE REGION WINTERTHUR | SEPTEMBER-AUSGABE 3/2021 | 29. JAHRGANG

AZB
8404 Winterthur

Nein zur wohlstandsvernichtenden 99%-Initiative

Retouren an
Printimo AG, Postfach

DIE POST

**Familienunternehmen
massiv bedroht.**

NEIN am
26. September

99%
JUSO-INITIATIVE
NEIN

nein-zu-99prozent.ch



Thomas Matter
Nationalrat SVP
Kanton ZH

«Geld arbeitet nicht. Wir schon.» Ausgerechnet mit dieser Behauptung traten die Jungsozialisten an die Öffentlichkeit, um ihre groteske Umverteilungsinitiative – über die wir am 26. September abstimmen – zu bewerben. Dabei weiss mittlerweile jedermann, dass die Initianten direkt von der Schulbank in die Berufspolitik gewechselt haben und gar nicht wissen, was arbeiten heisst. Eine bekannte ehemalige Juso-Präsidentin ist eben erst für fünf

Wochen in die Sommerferien abgetaucht und war für ihre Wähler ganz einfach verschwunden. Ausgerechnet diese Ferienkünstler, Blaumacher und Freizeittechniker wollen mit ihrer sozialistischen 99%-Initiative unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand vernichten. Die Volksinitiative der extremen Linken heisst so, weil angeblich 99 Prozent Normalverdienende einem Prozent von «Reichen» gegenüberstehen. Die Initiative verlangt, dass Kapitaleinkommen wie Zinsen, Mieterträge oder Dividenden eineinhalbmal so stark besteuert werden wie

Lohneinkommen. Dieses Kapital bildet aber eine Grundvoraussetzung, dass unsere Wirtschaft überhaupt Arbeitsplätze und Innovationen schaffen kann. Seit Jahrzehnten versuchen bürgerliche Parteien und Unternehmer, die ungerechte Doppelbesteuerung abzuschaffen; neu käme es sogar zu einer Dreifachbesteuerung. Tatsache ist, dass die vermögendsten 10 Prozent schon heute über 50 Prozent der Steuern bezahlen. Sie tragen also weit überdurchschnittlich zur Finanzierung des Staates und zur Umverteilung bei. Ein weiterer massiver steuerlicher Raubzug wäre für unsere

IN DIESER AUSGABE

Eidgenössische Abstimmung	1
Kommentare	4
Bunte Seite	5
Wahlen 2022 - Spezial Michael Künzle	6
Eidgenössische Abstimmung	7
Städtische Abstimmungen	8-9
Aktuelles	10
Letzte Seite	12

Die 99%-Initiative zentralisiert die Steuern, schwächt den Steuerwettbewerb und strebt eine ruinöse Umverteilung an.

gesamte Volkswirtschaft, für unsere Unternehmen wie für alle Gewerbetreibende eine Katastrophe. Dieser würde nämlich den Betrieben das überlebenswichtige Kapital entziehen. Die wirklichkeitsfremde 99%-Initiative hätte die gleiche Folge, wie wenn man einem menschlichen Organismus mit einer brutalen Schröpfkur plötzlich einen grossen Teil des Blutes entziehen würde. Denn es ist ja nicht so, dass die «Vermögenden» ihr Geld unter dem Kopfkissen aufbewahren. Es handelt sich bei ihnen um Unternehmer oder Teilhaber an Firmen, die Arbeitsplätze und Wohlstand für viele schaffen.

Speziell Familienunternehmen, KMU und Gewerbebetriebe wären von der Initiative der Jungsozialisten betroffen. Dem Schweizer Werkplatz würde in hohem Mass Substanz entzogen, um den Sozialstaat noch weiter aufzublähen. Firmenübergaben und Nachfolgeregelungen würden durch diese Initiative erschwert, ja vielfach verunmöglicht. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer die Hühner schlachtet, die goldene Eier legen, hat schlussendlich gar nichts mehr. Die grösseren Unternehmen würden ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, die kleineren müssten ganz einfach ihre Tore schliessen. Die 99%-Initiative zentralisiert die Steuern, schwächt den Steuerwettbewerb und strebt eine ruinöse Umverteilung an. Die Folgen trügen die 99 Prozent der Mitbürger und Arbeitnehmer viel schwerer als das eine Prozent der «Reichen». Die Linken würden mit ihrer Verarmungsinitiative den eigenen Ast - auf dem sie sitzen - abschneiden. Der Bundesrat wie das Parlament versagen ihr denn auch die Unterstützung. In diesem Sinne ersucht Sie auch die SVP dringend, die kommunistische 99%-Initiative entschieden abzulehnen.

Inserat



FDP
Die Liberalen

Romana Heuberger & Stefan Fritschi
am 13. Februar 2022 in den Stadtrat

Freiheit, Verantwortung, Fortschritt

romana-heuberger.ch stefan-fritschi.ch

BISHER

IMPRESSUM

Freiheitliche und konservative Zeitschrift für alle SVP Mitglieder von Stadt und Bezirk Winterthur und für weitere Abonnenten.

Herausgeber
SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Erscheint
Viermal jährlich

Auflage
1'600 Expl.

Redaktionsleitung
Robert Winkler
direkt@svp-winterthur.ch
Tel. 079 896 46 06

Redaktion
Hans Brunner, Maria Wegelin, Felix Lisibach, Therese Schläpfer, Werner Schneider, Simon Rüttimann

Druck
Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur

Postadresse
SVP Winterthur
8400 Winterthur

ZKB, 8400 Winterthur
SVPdirekt
IBAN:
CH66 0070 0114 8049 9142 3

Inseratannahme
Werner Schneider
Tel. 079 696 47 31
w.o.schneider@glattnet.ch

Berücksichtigen Sie unsere Inserenten, denn sie ermöglichen Druck und Versand des SVPdirekt. Danke.

Vergangenheit



«Wer keine Vergangenheit hat, der hat auch keine Zukunft.» - Michael Ende

Am 1. August 2021 wurde unsere Schweiz 730 Jahre alt. Ein wahrlich stolzes Alter. Doch wieso gibt es die Schweiz überhaupt? Was vereint uns? Weder haben wir eine einheitliche Sprache - ganz im Gegenteil, wir sprechen vier verschiedene Landessprachen - noch eine ge-

meinsame Religion - man denke da nur schon an die Geschichte von den beiden Halbkantonen Appenzell Inner- und Ausserrhoden. Auch ist es keine Ethnie, die uns vereint und die Gegensätze zwischen den links-grün dominierten Städten und den bürgerlichen Gemeinden könnten heute kaum grösser sein. Es liegt daran, dass wir eine gemeinsame Vergangenheit haben, die 1291 mit dem Rütlichschwur begonnen hat und bis heute andauert. Die drei Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden schlossen sich zum «Ewigen Bund» zusammen. Freiheit und Demokratie wurden grossgeschrieben, wusste man doch, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht. Doch diese Werte bröckeln. In kleinen Schritten will man die

Demokratie abschaffen, so wie wir das bei der Totalrevision der neuen Gemeindeordnung sehen müssen. Und Benjamin Franklin trifft wohl den Nerv der Zeit mit seiner Aussage: «Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety» («Die, welche bereit wären, grundlegende Freiheiten aufzugeben, um sich ein wenig vorübergehende Sicherheit zu kaufen, würden weder Freiheit noch Sicherheit verdienen.») Lassen Sie uns unsere Wurzeln nie vergessen, auf dass wir eine Zukunft in Freiheit haben!



Maria Wegelin
Präsidentin SVP Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-Mattenbach-Veltheim

Freiheit und Demokratie wurden grossgeschrieben, wusste man doch, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht.



Kalender

Datum	Anlass	Ort
2. Oktober 2021	Dorfchilbi, SVP-Fonduehüüsli	Wiesendangen
26. Oktober 2021	Delegiertenversammlung SVP Kt. ZH	
3. November 2021	Parteiversammlung SVP Winterthur	Winterthur
7. November 2021	Spaghettiplausch SVP Winterthur	Winterthur
10. Dezember 2021	Chlausabend der SVP Winterthur	Winterthur

Inserat

Finden Sie weitere Informationen zu aktuellen Anlässen auf

- svp-winterthur.ch
- svp-bezirk-winterthur.ch
- svp-zuerich.ch

Die GLP ist für liberal und bürgerlich denkende Menschen unwählbar (geworden)



Michael Gross
Gemeinderat SVP
Winterthur

Die letzten dreieinhalb Jahre im Stadtparlament waren für bürgerlich denkende Politiker eine schmerzhaft Erfahrung. Obwohl sich die Mehrheit des Gemeinderats als liberal bezeichnet, sind die Linken mit ihrem Staatsausbau-Programm und zusätzlichen Regulierung durchmarschiert. Das sozialistische Programm für Winterthur wurde namentlich dank der Unterstützung der Grünliberalen vollständig umgesetzt. Die Kosten werden die Steuerzahler in den nächsten Jahren schmerzhaft treffen.

Als konsequenter Vertreter der bürgerlichen Minderheit stand die SVP-Fraktion seit den letzten Wahlen auf verlorenem Posten. Die letztjährige Steuererhöhung

von – nur – drei Prozent auf 125 % musste bereits als Erfolg verbucht werden. Die Debatten waren vielfach frustrierend. Sachliche Argumente von bürgerlicher Seite wurden von der Mehrheit ignoriert und Kompromisse verhindert. Notwendiges kaum mehr von Wünschbarem getrennt. Alle Kreditbegehren und Stellenaufbauten wurden ohne kritisches Hinterfragen ganz nach dem Gusto des linken Stadtrates durchgewunken. Das Winterthurer Stadtparlament hat den Kapitalismus mit Hilfe der GLP überwunden. Denn Geld ist ja unbeschränkt verfügbar. Die Zeche zahlen sollen die reichen «Bonzen», die allerdings bereits mehrheitlich aus der Stadt geflüchtet sind. Sie wollen Fakten? Gerne. Die grossen Themen des Parlaments waren genderneutrale Verkehrstafeln, nicht bessere Sicherheit für Velofahrer (GGR-Geschäft

2021.21-21). Wir kümmern uns nicht um die Qualität an den Schulen, sondern fordern den Ausbau des Mittagstischs und Ganztagesesschulen (2017.70, 2019.101) sowie Gratis-Tamppons auf den Schul-WCs (2021.21-7). Wir thematisieren den Klimawandel, an dem übrigens die Bürgerlichen schuld sind, und rufen den Notstand aus (2019.70). Dem Klima nützt diese Symbolpolitik jedoch nichts. Mit Tempo 30 auf allen Hauptstrassen sollen die Einwohner vor Verkehrslärm geschützt werden (2018.59, 2019.84). Leider nützt das in der Sache niemandem, verursacht Millionenkosten im öffentlichen Verkehr und zwingt den Verkehr zum Ausweichen in die Quartiere. Die Renaturierung eines Bachs lassen wir knapp eine Millionen Franken kosten, obwohl es den Bach gar nicht gibt – auch nicht bei extremen

Wetterereignissen (2020.40). Mit der neuen Gemeindeordnung verhindern wir die letzte Einflussnahme der Eltern auf die Volksschule (2020.47). Das sind nur ein paar Beispiele aus der Stadtpolitik der letzten Jahre. Überall war die GLP federführend mit dabei. Leider können wir seit der Wahl von Katrin Cometta in den Stadtrat auch finanzpolitisch nicht mehr auf die Grünliberalen zählen. Deshalb werden die nächsten Wahlen entscheidend für Winterthur. Gemeinsam müssen wir alles dafür tun, dass Links-Grün mit der GLP keine Mehrheit mehr hat. Helfen Sie mit – finanziell, mit Leserbriefen, aktiv im Gemeinderat oder an den Marktständen und teilen Sie die Missstände mit ihren Bekannten.

Das falsche Spiel der Medien



René Isler
Kantonsrat SVP
Kanton Zürich

Liebe SVP-Familie. Vorweg hoffe ich, dass Sie die Sommerferien geniessen und vor allem gesund bleiben durften. Eventuell kamen Sie dazu, ab und zu in unserer zweifelhaften Zeitungslandschaft in Papierform oder online zu lesen. Ich war lange Zeit der Ansicht, dass in einer funktionierenden Demokratie die Medien grundsätzlich das Volk informieren sowie durch sachliche und neutrale Berichterstattung, aber auch durch berechtigte Kritik und verschiedensten Diskussionsebenen zur allgemeinen Meinungsbildung beitragen sollten. Nun, wir wissen es. Die Realität sieht heute völlig

anders aus. Versuchten noch vor Jahren die Medien getarnt ihre linksrote, politische Ausrichtung unter dem Radar zu halten, wird heute unverfroren die Abscheu gegenüber unserer bürgerlichen Politik kundgetan. Diese linksgefärbten Schmierblätter gehen wir sowas von auf den Senkel, dass ich heute keine Tageszeitungen mehr abonniert habe. Da verbringe ich lieber meine Zeit mit meinen Liebsten. Nachdenklich macht vor allem der Umstand, dass im Verlaufe der Jahre auch in unseren Breitengraden verbale Ungeheuerlichkeiten salonfähig wurden. Was nicht dem extrem linksgrünen, sozialistischen Weltbild angehört, ist per se schon einmal ein ewig gestriger Rechtspopulist und gehört ungefiltert an den Pranger gestellt.

Praktisch täglich werden Mitglieder der nach wie vor wählstärksten Partei unseres Landes, der SVP, kollektiv und vorbehaltslos verunglimpft und in den Schmutz gezogen. Das alles hat selbstverständlich System! Wer sich in den Onlinemedien aufhält, dem ist eventuell auch schon aufgefallen, dass beinahe in allen Onlineportalen sämtliche Artikel über die SVP frei zugänglich bzw. kostenfrei gelesen und kommentiert werden können. Alle anderen Artikel dagegen sind nur gegen Gebühr oder im Abo zu lesen. Die Absicht dahinter ist klar. Die mächtige, freiheitsliebende SVP ist ein Bollwerk gegen den aufkeimenden Sozialismus und muss daher mit allen Mitteln beseitigt und mundtot gemacht werden!

Das nun gerade diese politisch rotgefärbten Schmierblätter mit Steuer- und Bundesgelder unterstützt und gefördert werden sollen, ist ungeheuerlich und widerlich. Als ob das mit Zwangsgebühren finanzierte Staatsfernsehen nicht schon ein Unding wäre, wollen linksgrüne Gutmenschen und Politiker in Bundesbern sämtliche Medien quersubventionieren. Nur gut, dass sich ob diesen brandgefährlichen Absichten bereits rege Gegenwehr breit macht und mittels einem Referendum bereits Gegensteuer gegeben wird.



Littering, das grosse Ärgernis unserer Wohlstandsgesellschaft



Michael Künzle
Stadtpräsident
Winterthur
Die Mitte

Liebe SVP-Familie

Tokio. 13.96 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Weltstadt. Die Stadt der Olympischen Sommerspiele 2021. Eine saubere Stadt. Im öffentlichen Raum finden sich weder zerschlagene Flaschen, noch Pizzaschachteln, noch Zigarettenstummel oder Kaugummi auf dem Boden; Littering kennt man nicht. Es entspricht der japanischen Kultur, dass man nichts auf den Boden wirft. Der Abfall wird wieder mit nach Hause genommen. Vorbildlich.

Winterthur. 116'500 Einwohnerinnen und Einwohner. Die sechstgrösste Stadt der Schweiz. Wie überall in der Schweiz ist die Nutzung des öffentlichen Raumes und dessen Folgen eine Herausforderung. Die Pandemie hat zu einer Mehrnutzung und damit zu einer Akzentuierung der Probleme geführt:

Lärm bis tief in die Nacht. Irgendwelche Tags auf Hauswänden weisen auf mangelnden Respekt vor fremdem Eigentum hin.

Es braucht eine neue Kultur in unserer Gesellschaft und es braucht Anreize, dass auch junge Menschen Verantwortung übernehmen.

Steinberggasse, Stadtgarten, Bäumli etc. Der Abfall wird im öffentlichen Raum liegengelassen. Flaschen werden aus Langeweile am Boden zerschmettert. Lärm bis tief in die Nacht. Irgendwelche Tags auf Hauswänden weisen auf mangelnden Respekt vor fremdem Eigentum hin. Cablecomkästen oder Selectaautomaten werden traktiert bis sie auseinanderfallen.

Am anderen Morgen sind die augenfälligen Schandtaten nicht nur ein Ärgernis, sondern führen zu gefährlichen Situationen insbesondere für Kinder und Hunde. So zog sich unsere Hündin vor ein paar Wochen eine lange Schnittverletzung in der Pfote zu, die mehrere Wochen behandelt werden musste.

Alle Winterthurer Kinder haben in der Primarschule eine sogenannte Abfallwoche. Sie lernen, dass man Abfall nicht liegen lässt, dass man den Abfall trennt und wie man ihn entsorgt. Sie kommen begeistert nachhause und mahnen das familiäre Umfeld, was man tun darf und was nicht. Einige Jahre später scheint das alles vergessen. Eine niederschwellige Form, die Pubertät auch ausserhalb des Elternhauses spürbar werden zu lassen. Eine stille Auflehnung gegen die Obrigkeit. Die Eltern zahlen ja genug Steuern, so dass die Stadt nachher aufräumen kann.

Es sind sicherlich nur einige Wenige, die die Stadt auf Trab halten. Aber sie werden scheinbar mehr.

Soll die Stadt mehr Abfalleimer aufstellen, die ohnehin teilweise vorsätzlich nicht benutzt werden. Soll die Stadt den Abfall regelmässiger aufräumen, was wieder viel Geld kostet und nicht nachhaltig ist. Die nächste Party steigt bestimmt und der Abfall bleibt wieder liegen. Die Stadt hat immer wieder auf diese Situationen reagiert. Eine überdepartementale Arbeitsgruppe Sauberkeit macht sich Gedanken, wie man konzeptionell dagegen vorgehen will und hat schon diverse Kampagnen umgesetzt. Die Stadtpolizei Winterthur beobachtet die Parkanlagen, um Umweltsünderinnen und -sünder zu büssen und versucht, mit cleverer Polizeiarbeit die Situation in den Griff zu bekommen. Stadtgrün pflegt die Parkanlagen und sorgt dafür, dass am anderen Tag die Menschen diese wieder unbekümmert nutzen können. Weitere Verwaltungseinheiten sind im Einsatz, um mit jungen Menschen zu sprechen, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass Littering für Kinder und Tiere gefährlich sein kann. Es braucht eine neue Kultur in unserer Gesellschaft und es braucht Anreize, dass auch junge Menschen Verantwortung übernehmen. Die Polizei spricht deshalb Nutzerinnen und Nutzer im öffentlichen Raum gezielt an und nimmt sie in die Verantwortung. Richtig so.

Es ist eine der Aufgaben von FDP, Mitte und SVP, die wir in Winterthur zusammen noch stärker angehen müssen. Wir wollen eine saubere Stadt.

Inserat

**PRINTIMO.
MEHR ALS
NUR DRUCK.**

 **printimo**

Printimo AG
Frauenfelderstrasse 21a
8404 Winterthur
Telefon 052 262 45 85
info@printimo.ch
www.printimo.ch

Dr. Urs Zimmermann, Leiter Strategie & Marketing

Ehe für alle - Nein

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Kanton ZH

Es geht um weit mehr, als um ein wenig modern sein wollen. Mit der 'Ehe für alle' soll die Akzeptanz aller Geschlechter erreicht werden. Dies ist eigentlich bereits Realität. Was bei der Eingetragenen Partnerschaft noch verbleibt, sind eine Gleichstellung zur erleichterten Einbürgerung und die Gütergemeinschaft. Mit dieser Initiative wird aber ein Hauptpfeiler unserer funktionierenden, wichtigen und starken Gesellschaftsordnung angegriffen, nämlich die Familie. Die Jusos hat ihr Ziel, die Ehe abzuschaffen, schon länger deklariert. Zur Erreichung des Ziels dient die 'Ehe für alle' als Etappe. Dies kommt bei der Vorlage natürlich nicht zum Ausdruck. Ich will keine Entwertung des traditionellen Familienmodells, und schon gar nicht will ich Verbündete der Linken und Grünen zum langfristigen Ziel der Abschaffung der Ehe sein. Eine weitere Forderung

Ich will keine Entwertung des traditionellen Familienmodells, und schon gar nicht will ich Verbündete der Linken und Grünen zum langfristigen Ziel der Abschaffung der Ehe sein.

ist die Samenspende für Lesben. Die SP hält in ihrem Parteiprogramm fest, dass sie die Fortpflanzungsmedizin für alle Homosexuellen will. Somit ist klar, dass die Samenspende nur ein weiteres Rädchen der Salamiakt im Erreichen ihres Ziels ist und die Forderung der Leihmutter bald folgen wird. Schwule können doch nicht diskriminiert werden! Spenderkinder dürfen ihre leiblichen Väter - falls überhaupt - nicht vor der Volljährigkeit kennen lernen. Dabei wäre dieses Wissen für die Verwurzelung und für die kindliche Identitätsbildung zentral. Adoptierte oder Spenderkinder bringen dies immer wieder deutlich zum Ausdruck.

Jüngstes Beispiel sind die adoptierten Kinder aus Indien und Sri Lanka. Sie haben einen unbändigen Drang, ihre leiblichen Eltern zu finden. Dass zwei Gleichgeschlechtliche einem Kind viel Liebe geben können, zweifelt niemand an. Für ein gutes Gedeihen und die Identitätsfindung eines Kindes sind aber eine Mutter und ein Vater wichtig. Eine Frau kann keinen Vater ersetzen und ein Mann kann keine Mutter ersetzen. Ausserdem verkörpern Kinder nie gleichgeschlechtliche Liebe.

Kinder sollen nicht zur Ware werden indem der Kinderwunsch der Betroffenen über das Kindeswohl gestellt wird.

Inserat

Wir freuen uns, Sie zu informieren, dass die dritte Generation der Familie Heuberger seit 2015 bei uns mitarbeitet. Seit 1972 verwaltet die **SISKA Verwaltungs AG** Liegenschaften für Private, Pensionskassen, Stiftungen und Immobilien-Gesellschaften. Wir entlasten unsere Auftraggeber auch von Steuererklärungen oder übernehmen auf Wunsch das Domizil und die Betreuung von Immobilien-Gesellschaften. Neben der üblichen Verwaltungstätigkeit zählen Gesamt- und Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, ohne den Mietern deswegen kündigen zu müssen, zu unseren Spezialitäten. Auch energetische Verbesserungen führen wir durch und kontrollieren die Effizienz. Eine eigene Abteilung widmet sich der Verwaltung von Stockwerkeigentum.

Informationen und Referenzen senden wir Ihnen gerne zu:

Generelle Anfragen:

Rainer Heuberger, rainer.heuberger@siska-verwaltung.ch

Recht und Steuern:

Brigitte Heuberger-Blum, b.heuberger@siska-verwaltung.ch

Stockwerkeigentum:

Robert Heuberger jun., robert.heuberger@siska-verwaltung.ch

Auf Ihre Kontaktaufnahme freuen wir uns.



SISKA Verwaltungs AG

Schaffhauserstrasse 9, Postfach 2338, 8401 Winterthur

Tel. 052 260 01 00, Fax 052 260 01 99

info@siska-verwaltung.ch, www.siska-verwaltung.ch

Die SVP sagt klar **Nein** zur geplanten Totalrevision der Gemeindeordnung



Maria Wegelin
Präsidentin SVP
Winterthur
Vize-Präs. Stadt-Töss-
Mattenbach-Veltheim

Mit der neuen Gemeindeordnung werden die Kompetenzen von Stadtrat und Verwaltung weiter ausgebaut, also weg vom Volk hin zur Regierung. Speziell störend und kritisch ist dieser Umstand bei den Schulbehörden, wo die bewährten Kreisschulpflegen abgeschafft werden sollen. Aber auch die masslose Erhöhung der Finanzkompetenzen des Stadtrates sowie die Einführung eines Ausländer- und Jugendvorstosses gehen aus Sicht der SVP zu weit. Mit der neuen Gemeindeordnung werden für die ganze Stadt und ihre Schulen (total 108 Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen) nur noch sechs Schulpflegerinnen und Schulpfleger aus dem Volk tätig sein. Diese sechs Personen mit sehr kleinen teiltamtlichen

Pensen (momentane Weisung des Stadtrates 40%) sollen die jetzigen vier Kreisschulpflegen mit den 47 gewählten Mitgliedern ersetzen. Die diesen sechs Schulpflegern zugestandenen kleinen Pensen verunmöglichen die seriöse Wahrnehmung der Arbeit und Aufsicht grösstenteils und kommen einer Alibiübung gleich. Die ganze Aufsicht der Schule wird an Verwaltungsbeamte delegiert und das Volk komplett entmachtet. Diese Verwaltungsbeamten werden also, anstatt gewählten Bürgerinnen und Bürgern, inskünftig die Schulen besuchen und die Qualität und Gestaltung des Unterrichtes beurteilen. Die beabsichtigte Machtzentralisierung zieht sich 1:1 durch weitere Themen hindurch. Der Stadtrat geht bei der – kaum wirklich begründbaren – Erhöhung der Finanzkompetenzen zu weit. Hier werden die Kompetenzen des

Stadtrates vervielfacht und er kann somit massiv mehr Geld ausgeben, ohne dass er breit abgestützte, demokratische Entscheide erwirken muss. Dies ist demokratiepolitisch höchst fragwürdig, entmündigt das Volk und ist gerade angesichts der maroden Stadtfinanzen eine höchst gefährliche Entwicklung. Mit dem Ausländervorstoss wird fälschlicherweise signalisiert, dass es nicht nötig ist, sich vollständig zu integrieren, um partizipieren zu können. Der Ausländervorstoss benachteiligt zudem die stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer, denn sie können auf politische Geschäfte nur insofern direkt Einfluss nehmen, indem sie eine Petition einreichen, die letztlich einer unverbindlichen Bittschrift gleichkommt oder 1'000 Unterschriften für eine Volksinitiative sammeln.

Wir sind keine Verbieter-Partei. Wir sind für die Selbstbestimmung und für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger.

Inserat

COMES

Ihr Vertrauenspartner für
Treuhand
Vermögensberatung
Versicherungsfragen

Postfach 1659
Bankstrasse 8
8401 Winterthur
Tel. 052 222 33 20
Fax 052 222 33 28
E-Mail: comes@comes.org
Website: www.comes.org

3 x **Nein** zu den Parkierungsvorlagen am 26. September



Thomas Wolf
Gemeinderat SVP
Winterthur

Am 26. September haben wir Wähler die Chance, dem ideologisch motivierten Stadtrat auf die Finger zu klopfen!

SO NICHT...

In der Abstimmung entscheiden wir über die Umsetzung des Konzeptes „Parkraumplanung“ und über die Anpassungen von drei Verordnungen zur Parklatzbewirtschaftung ab. Konkret geht es um:

- Die Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund (VgP)
- Die Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone (BBZ)
- Die Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund (Nachtparkierverordnung).

Diese Verordnungen wurden in der zuständigen Kommission vorberaten und danach im Gemeinderat zur Abstimmung gebracht. Mit Hilfe der GLP und der EVP haben die Grünen und roten Gemeinderäte diesen Geschäften zugestimmt. Die bürgerliche Seite unterlag. Zusammen mit den Fraktionen der FDP und der Mitte/EDU hat daraufhin die SVP das Ratsreferendum ergriffen. Die Ablehnung durch das Volk würde es uns ermöglichen, neben inhaltlichen Verbesserungen auch diese drei Vorlagen in einer einzigen, stringenten Verordnung zu regeln.

So wie die Vorlagen jetzt ausgestaltet sind, bedeutet die Umsetzung massive Nachteile für Fahrzeugbesitzer:

- In den Quartieren werden Parkplätze in den blauen Zonen abgebaut. Der Suchverkehr wird zunehmen. Der Versuch der SP-Stadträtin Meier in der Breite, jetzt schon Fakten zu schaffen hat den erbitterten Widerstand der Bewohner ausgelöst. Andere Quartiere werden sicher folgen, sobald den Anwohnern klar wird das auch sie betroffen sind.
- Der Autofahrer muss nun aufwändig beweisen, das im eigenen Haus kein Parkplatz vorhanden ist oder gemietet werden kann. Damit wird die Bürokratie erneut aufgebläht, ein Bürokratiemonster wird hier herangezüchtet.
- Parkieren wird viel teurer: Eine Nachtparkbewilligung kostet heute schon Fr. 710.00, damit haben wir die teuersten Parkplätze in der Schweiz. Neu kostet diese Bewilligung mindestens CHF 760.00. Aber damit noch nicht genug: Der Stadtrat kann die Tarife in eigener Kompetenz auf bis zu CHF 1160.00 erhöhen, ohne das Parlament oder die Bevölkerung zu konsultieren. Das Parkieren auf weissen, bewirtschafteten Parkfeldern soll für eine Stunde statt bisher Fr.1.00 zukünftig Fr. 2.75, bei 2 Stunden sogar Fr. 6.25 kosten. Der Stadtrat hat sich mit den sogenannten Gebührenbändern die Möglichkeit geschaffen, die Tarife selbst anheben zu können. Bei der jetzigen autofeindlichen Mehrheit ist eine Erhöhung schon fast vorprogrammiert!
- Dank dem linken Traum der bipolaren Stadt mit dem zweiten Stadtzentrum in Neuhegi kommt auch dieses Quartier in den „Genuss“ der Einschränkungen wie sie in der Altstadt gelten: Dort soll es nur noch zeitlich oder monetär bewirtschaftete Parkplätze geben. Die Einschränkung für das Gewerbe, Kunden, Anwohner und Besucher sind gross, da es dort im Gegensatz zur Innenstadt keine öffentlichen Parkhäuser hat. Die Quartierentwicklung schwächelt, viele kleine Dienstleister haben sich schon wieder aus der Gegend verabschiedet, da die Frequenzen nicht den Erwartungen entsprechen. Eine weitere Benachteiligung durch das neue Regime ist deshalb völlig unverständlich und muss bekämpft werden.

Zusammen mit den genannten Parteien lehnen auch bedeutende Verbände wie der KMU-Verband, die junge Altstadt, der TCS und der ACS, die Handelskammer, der Baumeisterverband sowie GastroWinterthur die Vorlagen ab. Die Mitglieder dieser Verbände sind als Dienstleister in unserer Stadt auf bezahlbaren Parkraum für ihre Autos angewiesen. Wenn ihr Lieferant oder Handwerker nicht mehr in Ihrer Nähe parkieren kann erhöhen sich die Kosten und die Dienstleistung nimmt ab. Deshalb bitte ich Sie, am 26. September 3 x NEIN zu stimmen.

Besten Dank

Inserat

Maierriedweg 1a
8408 Winterthur
Tel. 052 213 86 41
www.albanese.ch

ALBANESE
Baumaterialien

Ein innovativer und verlässlicher Partner.

Franco Albanese

100 Jahr-Feier SVP Winterthur



Hans Brunner
Redaktion
SVPdirekt

Das Café Frohsinn von Peter Lyner in Wülflingen bot den würdigen Rahmen für die 100 Jahr Feierlichkeiten der SVP Winterthur. Die Gästeliste war ziemlich lange und wies Namen auf, wie etwa Nationalrätin Therese Schläpfer, Regierungsrätin Natalie Rickli, die Kantonsräte Susanna Lisibach SVP mit Familie, René Isler SVP und Dieter Kläy FDP, Stadtpräsident Mike Künzle CVP, Stadtrat Stefan Fritschi FDP, die gesamte SVP-Gemeinderatsfraktion sowie Bezirksratspräsidentin und Bezirksstatthalterin Karin Egli-Zimmermann und die beiden Stadtratskandidaten Maria Wegelin und Thomas Wolf.

v.l.: Martin Hübscher, KR; Benjamin Fischer, Präs. SVP Kt. ZH; Maria Wegelin, Präs. SVP Winterthur; Thomas Wolf, GGR; Marco Chiesa, Präs. SVP Schweiz; Markus Reinhard, GGR



Die Winterthurer Stadtratskandidaten
Thomas Wolf und Maria Wegelin



Markus Reinhard hat den Geburtstagsanlass akribisch vorbereitet. In seiner Willkommensrede rief er die rund hundert Gäste auf, gegen links-grüne Fantasien und gegen sinnloses Geldausgeben vorzugehen. Der Klimaplan der Stadt Winterthur sei illusorisch. Zu glauben, dass es eine effektive Auswirkung auf das Klima hat, wenn «Winterthur heruntergefahren» werde, währenddessen Länder wie China, Russland, Indien, USA keine signifikanten Beiträge leisten. Damit erreichen wir für das Klima nichts, gefährden aber die soziale und wirtschaftliche Sicherheit unserer Bevölkerung, vernichten Arbeitsplätze und bürden der Bevölkerung noch mehr Steuern und Gebühren auf. Weiter sprach sich Reinhard gegen die Absichten des «Grünen Altweg» (SR Jürg Altweg) aus. Die Auflösung der bewährten Kreisschulpflegen sei schädlich und kontraproduktiv. Die Nähe und Verankerung der Schule in der Bevölkerung ist entscheidend, zudem dürfen dem schlecht geführten Schuldepartement keinesfalls mehr Kompetenzen zugesprochen werden. Die Schule wird mit dem vorliegenden Antrag nur noch verwaltet und von der Bevölkerung entfremdet, die Volksschule verkommt zur Staatsschule. Die vorgesehenen, sehr kleinen Pensen der teilausgewählten Mitglieder der neuen zentralen Schulpflege sind schlicht eine Alibiübung und ein



Grussbotschaft der SVP Schweiz durch
Marco Chiesa



Deckmäntelchen, welche kaum den Zweck erfüllen können, dass die Schule ihre Qualität und Leistung auch durch unabhängige Aussenansichten halten und steigern könne.

«Wir wollen eine freie Schweiz. Verteidigen wir unsere Heimat!» Dazu rief SVP-Parteipräsident Schweiz Marco Chiesa in seiner Grussbotschaft auf. Die SVP ist eine hartnäckige Partei, welche in den Augen der Linken aus dem Nichts gekommen sei und den aktuellen Politbetrieb massiv störe. Nach den Sitzverlusten in den vergangenen Wahlen gelte es nun in den Städten und Kantonen Wähler zu gewinnen. Auch in Winterthur seien mehr als die heutigen zehn Gemeinderatssitze zu holen. Chiesa ruft zum Wahlkampf auf und betont gleichzeitig, dass mit Maria Wegelin und Thomas Wolf zwei ausgezeichnete Kandidaturen bereitstehen würden.

Benjamin Fischer; Hans Brunner, Redaktor SVPdirekt; Marco Chiesa

Standpauke gegen links-grüne Politik von Markus Reinhard



Die Grussworte des Kantons Zürich wurden von Benjamin Fischer überbracht. Er erinnert sich dabei an seine Schulzeit in der Eulachstadt. Ihm sei Winterthur einiges sympathischer als Zürich. (Zwischenapplaus) Er weist auf die Oppositionsfunktion der SVP in der Stadtregerung Winterthur hin. Weiter stellt er die Frage, ob der Staat für die Bürger oder die Bürger für den Staat da sein soll. Fischer beantwortet die Frage gleich selbst, in dem er betont, dass sich der Staat nur da einbringen soll, wo er dem Bürger auch wirklich dienlich sein kann. Grundsätzlich sollen die Bürger jedoch eigenverantwortlich handeln.

Die Feier bot Maria Wegelin und Thomas Wolf Raum, sich vorzustellen und damit den Wahlkampf zu starten. Markus Reinhard organisierte im Vorfeld eine Versteigerung von Preisen, welche von den Behördenmitgliedern gesponsert wurden. Deren Einnahmen fliessen vollumfänglich in die Wahlkampfkasse.



Parolen

26. September 2021

Eidgenössisch

99% initiative

Nein

Ehe für Alle

Nein

Städtisch

Neue Gemeindeordnung

Nein

Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf öffentlichem Grund

Nein

Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone

Nein

Verordnung über das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund

Nein

Ja, ich will.



Felix Lisibach
Redaktor
SVPdirekt

Mir ist bewusst, dass ich mich mit dem folgenden Text gegen einen Teil meiner eigenen Partei stelle. Nichtsdestotrotz, ist es mir wichtig aufzuzeigen, dass die Initiative «Ehe für alle» durchaus auch Unterstützung aus dem rechtsbürgerlichen Lager erhält. Mein persönlicher Leitfaden für jede Abstimmung ist ohnehin die Überzeugung, dass man die Gesetzeslage der Realität anpassen muss. Nur so kommen wir als Gesellschaft weiter – Konservatismus hin oder her. Die grundlegende Tatsache bei dieser Initiative ist nämlich – und ich tue mich schwer dies nochmals erwähnen zu müssen –, dass Homo- oder Bisexualität der Natur entsprechende Normen sind. Dies ist weder ein Hype, noch ein Trend und auch keine neuartige Modeerscheinung einer individualistischen Generation. Somit kann ich das erste Argument des Nein-Komitees, dass die Ehe zwischen Mann und Frau auf «biologischen Fakten» gegründet sei, von Grund auf weder ernstnehmen noch verstehen.

Über Jahrzehnte waren anders orientierte Menschen Vorurteilen, Diskrimination oder gar Hass und Gewalt ausgesetzt. Ich persönlich möchte nicht in einer

Gesellschaft leben, in welcher solch destruktive Verhaltensweisen goutiert werden. Ein friedliches und tolerantes Miteinander ist essentiell, womit die volle Akzeptanz des Lebens in all seinen Farben einhergeht. Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, da sie darauf abzielt, eine unnütze Klassifizierung der staatlichen Institution der «Ehe» abzuschaffen. Das Argument, dass gleichgeschlechtliche Paare mit der eingetragenen Partnerschaft bereits über eine adäquate Alternative verfügen, möchte ich ebenfalls entkräften. Eingetragene Partnerschaften bleiben – nebst rund einem Dutzend weiteren Unterschieden – vereinfachte Einbürgerungsverfahren oder auch Güterbeteiligungen verwehrt, womit diese einer Ehe keineswegs gleichzusetzen sind – es scheint sich vielmehr um eine Pflasterlipolitik zu handeln, welche nun langsam aber sicher den Zenit erreicht hat.

Zuletzt möchte ich auf das Argument des Kindeswohl eingehen, um welches sich das Nein-Komitee sorgt. Abgesehen davon, dass Kinder von keiner politischen Seite instrumentalisiert werden dürfen, möchte ich hier unterstreichen, dass mir das Kindeswohl selbstverständlich auch am Herzen liegt. Ich teile sogar die Ansicht, dass ein

Kind über eine weibliche und eine männliche Bezugsperson verfügen soll. Es steht jedoch nirgends festgeschrieben, dass dies eine biologische Mutter und ein biologischer Vater sein muss. Ein Kind kann sehr wohl enge Beziehungen zu anderen Personen herstellen, welche teils sogar über die Nähe zu (biologischen) Elternteilen herauswächst. Dies ist völlig in Ordnung, zumal die biologische Verbindung noch kein Garant für eine Vertrauensbasis darstellt – oder wofür gibt es beispielsweise Göttis und Gottis? Ausserdem, gibt es bereits heute alleinerziehende, geschiedene oder verwitwete Elternteile, womit das Kind in den Augen des Nein-Komitees ebenfalls nicht in einer «klassischen» Familie aufwächst. Das Kindeswohl jedoch bei gleichgeschlechtlichen Eltern in Gefahr zu sehen ist meines Erachtens nicht nur scheinheilig sondern auch realitätsfremd.

Ich werde am 26. September überzeugt ein Ja in die Urne legen. Ich hoffe sehr, dass es mir gleichgesinnte SVPler gleichtun und nicht einfach aus Angst «anders zu sein» der Bundesparole der SVP folgen. Ich glaube nämlich klar gemacht zu haben, dass «anders sein» nicht nur völlig in Ordnung, sondern eigentlich auch völlig normal ist.



www.svp-winterthur.ch
direkt@svp-winterthur.ch

Blick von Wildberg nach Winterthur
Drohnenbild von Robert Winkler

SVPdirekt 2021-3